

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

August 2024

1. Regional
2. Honduras
3. Nicaragua
4. Guatemala
5. El Salvador

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Flucht: Seit Ende Juli sind über 700 Menschen aus Dörfern in Chiapas nach Guatemala geflohen. Die Bevölkerung ganzer Gemeinden nahe der südlichen Grenze Mexikos, wie Chicomuselo und La Concordia, mussten aufgrund der durch den Drogenhandel in der Region verursachten Gewalt ihre Heimat verlassen. Die Bewohner des Gebiets befinden sich im Kreuzfeuer des Territorialstreits zwischen dem Jalisco-Kartell - Neue Generation (CJNG) und dem Sinaloa-Kartell und sind darüber hinaus aufgrund der Zusammenstöße zwischen den Kartellen und der Armee gefährdet.

Gesundheit: Die Dengue-Krise in der Region setzt sich fort. Ende August gab das honduranische Gesundheitsministerium bekannt, dass in diesem Jahr bisher offiziell 137 Menschen an Dengue gestorben sind. Es gibt dort über 109.800 Personen mit Verdacht auf Dengue. In Guatemala hat sich die Zahl der Fälle im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2023 verfünffacht, und es wurden 66 Todesfälle gemeldet, weitere 25 werden derzeit untersucht. In El Salvador haben zahlreiche schwere Verläufe bei Kindern Alarm bei den Gesundheitsbehörden ausgelöst.

2. Honduras

Lesung in Berlin: Am 4. September 2024 um 18 Uhr lädt das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) zur Lesung der Graphic-Novel "Luchadoras". Die Veranstaltung findet in der Galerie Neurotitan im Haus Schwarzenberg

wassermann und Paola Reyes teilnehmen und eine der Protagonistinnen, die honduranische afro-indigene Aktivistin [Melissa Martínez](#), wird online zugeschaltet. [Weitere Infos](#).

USA-Beziehungen: Die honduranische Regierung kündigte das Auslieferungsabkommen mit den Vereinigten Staaten, das seit 1912 in Kraft ist, auf. Außenminister Enrique Reina gab die Aufhebung des Abkommens bekannt, nachdem Präsidentin Xiomara Castro den Minister über das soziale Netzwerk X (ehemals Twitter) aufgefordert hatte, das Abkommen abzulehnen und es als „interventionistisch“ bezeichnete. Diese Entscheidung folgte auf Äußerungen der US-Botschafterin in Tegucigalpa, [Laura Dogu](#), die das Treffen von Verteidigungsminister Manuel Zelaya Rosales mit seinem venezolanischen Amtskollegen Vladimir Padrino kritisierte, da Padrino in den Vereinigten Staaten des Drogenhandels angeklagt ist.

Kritiker von Castros Haltung befürchten, dass die Ablehnung des Auslieferungsabkommens dazu führen könnte, dass Honduras, ähnlich wie Nicaragua, zu einem Zufluchtsort für Politiker*innen aus der Region wird, gegen die in ihren Ländern Strafverfahren laufen. Rechtsexperten argumentieren außerdem, dass es nicht möglich ist, den Vertrag durch eine Exekutivanordnung zu kündigen, sondern dass die Entscheidung eine Verfassungsreform erfordert.

Kriminalisierung: Am 12. August fand die Anhörung im Prozess gegen die Menschenrechtsverteidigerin [Nolvia Obando](#), Leiterin der [Red de Mujeres Campesinas Las Galileas](#), statt, die wegen der Verteidigung ihres Territoriums des Verbrechens der Usurpation angeklagt ist. Obando wurde im März 2023 verhaftet und verbrachte fünf Monate im Gefängnis. Auch nach der Entlassung aus dem Gefängnis geht die Verfolgung gegen sie weiter. [Mary Lawlor](#), UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsverteidiger*innen, verurteilte ihre Kriminalisierung und forderte eine Lösung des Verfahrens.

Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger: Am 4. August wurde der Koordinator der Bauernbewegung des Dorfes [Ceibita Way](#), [Olmán García](#), erschossen, als er mit seinem Motorrad unterwegs war. García gehörte dem Nationalen Zentrum der Landarbeiter (CNTC) an. Laut einer Erklärung der Plataforma Agraria war García bereits 2022 Opfer eines Anschlags geworden, als er von privaten Sicherheitskräften des Unternehmens [Dinant](#) festgenommen und gefoltert wurde. Sie prangerten auch an, dass die staatlichen Behörden weder auf seine Anzeige reagiert noch ihm Schutzmaßnahmen gewährt hätten, was zu seiner Ermordung geführt habe. Honduras bleibt nach wie vor eines der gefährlichsten Länder der Welt für Menschenrechtsverteidiger*innen.

3. Nicaragua

Kinotour: Mitglieder des RTZA organisieren eine Kinotour des Dokumentarfilms „Patrol“ (Patrullaje). Der Film erzählt die Geschichte von lokalen Ranger*innen, die in Nicaraguas bedrohtem Regenwald darum kämpfen, die dunkle Wahrheit hinter dem globalen Handel mit Rindfleisch und Leder aufzudecken. Illegale Siedler*innen dringen in den Urwald ein und gefährden das Überleben der indigenen Bevölkerung und der einzigartigen Tier- und

Zivilgesellschaft: Die Regierung Ortega hat erneut die Schließung von 1500 Organisationen der Zivilgesellschaft in Nicaragua angeordnet. Unter den geschlossenen Organisationen befinden sich mehrere Bildungseinrichtungen sowie Hunderte von katholischen und evangelikalen Organisationen. Dies ist die größte Zahl von Organisationen, die das Regime an einem einzigen Tag geschlossen hat. Wie schon bei früheren Gelegenheiten rechtfertigt das Regime die Aufhebung des Rechtsstatus mit der angeblichen Nichteinhaltung bürokratischer Verfahren zur Gewährleistung der Transparenz. Mit dieser neuen Schließungswelle sind es nun 5.000 NRO, Stiftungen, Vereine und Bildungszentren, die seit 2022 schließen mussten.

Lateinamerikanische Beziehungen: Anfang August hat die Regierung von Daniel Ortega die Ausweisung des brasilianischen Botschafters in Nicaragua, Breno de Souza Brasil Dias da Costa, angeordnet. Nach Berichten von Divergentes wurde die Ausweisung mit der Abwesenheit des Diplomaten bei der Feier zum 45. Jahrestag der sandinistischen Revolution begründet, an der nur Vertreter Venezuelas, Kubas und Russlands teilnahmen. Weniger als 24 Stunden später ordnete das brasilianische Außenministerium die Ausweisung der nicaraguanischen Botschafterin in dem südamerikanischen Land, Fulvia Patricia Castro Matus, an.

Die Nachwirkungen der umstrittenen Präsidentschaftswahlen in Venezuela führen auch zu Spannungen zwischen Ortega und anderen lateinamerikanischen Präsidenten. Während eines virtuellen Gipfeltreffens mit den Staatschefs der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas (ALBA) kritisierte Ortega die Haltung des kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro gegenüber Venezuela. Petro reagierte auf X (ehem. Twitter) mit einer scharfen Kritik der Repression in Nicaragua sowie des Vorgehens Ortegas gegen seine eigenen ehemaligen Genossinnen der Revolution.

Kriminalisierung: Die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Fundación del Río veröffentlichte im August eine Kampagne gegen die Kriminalisierung von acht Mayangna-indigenen Männern aus der autonomen Region Costa Caribe Norte. Die acht Männer werden vom Regime beschuldigt, ein Massaker in Kiwakumbaih verübt zu haben, bei dem elf Mayangna und Miskito ums Leben kamen und zahlreiche Überlebende Opfer sexueller Gewalt wurden. Nach Angaben von Bewohnern der Gemeinde wurde das Massaker in Wirklichkeit von 40 Siedlern begangen, die die Mayangna- und Miskito-Bevölkerung seit langem terrorisieren. Ein Gericht verurteilte jedoch vier der Mayangna Männer zu lebenslanger Haft, während die anderen vier zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

4. El Salvador

Speakerstour: Mitglieder des RTZA organisieren eine Rundreise von Aktivistinnen aus El Salvador vom 24. September bis zum 11. Oktober 2024 in Deutschland. Vidalina Morales, Umweltschützerin und Leiterin der Gemeindeorganisation ADES, und Marisela Ramirez, Menschenrechtsverteidigerin und Sprecherin des Bloque de Resistencia y Rebeldía Popular, einer zivilgesellschaftlichen Initiative, an der sich mehr als 30 Organisationen beteiligen, berichten auf ihrer Rundreise darüber, was das international durchaus erfolgreich propagierte „Modell Bukele“ für ihr kleines Land in Zentralamerika bedeutet. Die

Korruption: In den ersten Augustwochen veröffentlichten Hacker Listen mit den 450 Mitarbeitern der Fraktion von Nuevas Ideas (NI) im Kongress. Die Liste enthält einige Personen mit Berufsprofilen wie Krankenpfleger*innen, Zahnärzt*innen und Chiropraktiker*innen sowie Make-up-Künstlerinnen, Ex-Fußballspielern und Köch*innen. Es wurde aufgedeckt, dass es Abgeordnete mit hochbezahlten und großen Kommunikationsteams und familiären Verbindungen innerhalb des Kongresses gibt. Die Listen haben große Empörung ausgelöst, und zwei zivilgesellschaftliche Organisationen haben die Abgeordneten beim Ethik-Tribunal der Regierung (TEG) angezeigt.

Pressefreiheit: Der Journalist Jimmy Alvarado von El Faro hat in einer Recherche aufgedeckt, dass die Regierung von Nayib Bukele 8070 Tonnen Milch für 27 Millionen Dollar von einem Offshore-Unternehmen in den Britischen Jungferninseln gekauft hat, von dem ein Großteil nie geliefert wurde. Daraufhin behauptete der ehemalige Landwirtschaftsminister Pablo Anliker in den sozialen Medien, der Journalist habe eine Quittung gefälscht - eines der zahlreichen Beweisstücke in dem Bericht. Der gesamte Propagandaapparat der Regierung, einschließlich des Präsidenten selbst, schikanierte und attackierte den Journalisten in den sozialen Medien. Der Journalistenverband von El Salvador (APES) verteidigte die Redaktion von El Faro, die die Anschuldigungen ebenfalls zurückwies.

Vertreibung: Die Bewohner*innen von El Icacal, einem Küstendorf im Osten El Salvadors, klagen seit Juni dieses Jahres über ständige Räumungsdrohungen durch Staatsbedienstete und private Unternehmen. Mitte August wurden bereits zwei Familien der Gemeinde vom Staat vertrieben. Die Fischergemeinde liegt neben einem geschützten Naturgebiet, einem Mangrovenwald, der für das marine Ökosystem von entscheidender Bedeutung ist. Die Indigene Bewegung für die Integration der Kämpfe der indigenen Völker El Salvadors (MILPA) prangert an, dass das Unternehmen Desarrollos Turísticos del Pacífico S.A. de C.V. die Gemeinde bedroht, obwohl es keine Besitzurkunden für das Gebiet und keinen Rechtsstatus hat. Die Räumungen sind auf die Absicht der Regierung zurückzuführen, das Tourismusprojekt Surf City zu erweitern und den Pazifikflughafen zu bauen, eines der von Präsident Bukele im Wahlkampf versprochenen Megaprojekte.

5. El Salvador

Politik: Im August ernannte die guatemalteckische Regierung Luis Pacheco Gutiérrez, den ehemaligen Präsidenten der indigenen Organisation 48 Cantones de Totonicapán, zum Vizeminister für nachhaltige Entwicklung im Ministerium für Energie und Bergbau (MEM). Pacheco spielte während der Proteste gegen den versuchten Staatsstreich der Generalstaatsanwaltschaft (Ministerio Público, MP) im Rahmen der Präsidentschaftswahlen 2023 eine leitende Rolle. Das Vizeministerium für nachhaltige Entwicklung des MEM ist für den Dialog und die Konsultationen mit indigenen Gemeinden in Fragen des Bergbaus und der Wasserkraft zuständig. Pacheco hat das Amt von Edvin Mazariegos Can übernommen, dem Vetterwirtschaft vorgeworfen wurde.

Pressefreiheit: Während einer Anhörung am 26. August bestätigte ein guatemalteckisches Gericht die Entscheidung, dem bekannten Journalisten José Rubén Zamora im Zusammenhang mit dem gegen ihn laufenden Verfahren wegen angeblicher Geldwäsche Hausarrest zu gewähren. Aufgrund einer zweiten Anklage wegen angeblicher Behinderung

einem Bericht, dass die unmenschlichen Bedingungen seiner Inhaftierung der Folter gleichkommen könnten.

Kriminalisierung: Die Leiterin des Instituto de la Víctima, Ligia Hernández, wurde am 13. August unter dem Vorwurf der „möglichen Begehung des Verbrechens der nicht registrierten Wahlfinanzierung“ festgenommen. Hernández ist eine der Gründer*innen der Partei Movimiento Semilla, die derzeit von der kooptierten Justiz belagert wird. Zwischen 2020 und 2024 war sie auch Abgeordnete im guatemaltekischen Kongress. Mit dieser Verhaftung wurde sie die erste Vertreterin der Regierung von Bernardo Arévalo, die im Zusammenhang mit den Angriffen der Generalstaatsanwaltschaft auf die Partei des Präsidenten verhaftet wurde.

Kooptierte Justiz: Der Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI), Rafael Curruchiche, kündigte einen erneuten Antrag für die Enthebung der Immunität des Präsidenten Bernardo Arévalo. Der Antrag wird im Rahmen einer neuen Untersuchung der FECI gestellt, „Mecanismo de Corrupción MICIVI“. Der Fall basiert auf Informationen der Stiftung gegen Terrorismus (Fundación contra el Terrorismo) und zudem auch auf durch „netcenteros“ (Online-Trolls) verbreitete angebliche Beweise. Curruchiche, der von den USA, Kanada und der EU als korrupter und antidemokratischer Akteur bezeichnet und sanktioniert wird, beschuldigte Arévalo, „Korruption und Straflosigkeit in Guatemala zu schüren“.
